

durch die Beiträge von B. Nitschke und Z. Romanow, der bereits in mehreren Studien dieser Thematik sehr kenntnisreich nachgegangen ist, bis in die 1950er Jahre verfolgt wird. Einer besonderen wissenschaftlichen Tabuisierung unterlag die Rolle der Roten Armee bei der Übernahme und anfänglichen Bewirtschaftung der neuen Gebiete. Während in früheren Darstellungen ihre vermeintlich helfende Funktion hervorgehoben oder sie ganz verschwiegen wurde, zeigen St. Łach und M. Golon, daß sie sich in vielen Fragen – wie der Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Betrieben, dem Einsatz von deutschen Arbeitskräften oder der Nutzung von Strom und Gas – nicht an bestehende Verträge hielt und den Aufbau der polnischen Verwaltung und Wirtschaft behinderte.

Beide vorliegende Bände liefern wichtige thematische Anstöße für eine Neuinterpretation der Geschichte der polnischen Politik in den Nord- und Westgebieten.

Berlin

Katrin Steffen

Dariusz Jarosz: Polityka władz komunistycznych w Polsce w latach 1948–1956 a chłopi. [Die Politik der kommunistischen Behörden in Polen in den Jahren 1948–1956 und die Bauern.] Wydawnictwo DiG; Instytut Historii Polskiej Akademii Nauk. Warszawa 1998. 542 S., zahlr. Tab. i. T.

Nach der zumindest teilweisen Öffnung der staatlichen und der Parteiarhive in den bisher von Kommunistischen Parteien regierten Staaten Europas ist nach 1989 eine ganze Reihe historischer Arbeiten entstanden, die die politische Geschichte einzelner kommunistischer Staaten zum Gegenstand hatten. Was bisher kaum untersucht wurde, ist die wechselseitige Wirkung der umfassenden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umgestaltungsversuche der kommunistischen Regierungen nach dem Zweiten Weltkrieg und der Reaktionen der Gesellschaft auf diese tiefgreifenden Veränderungen. Dariusz Jarosz stellt sich in seiner umfangreichen Arbeit der Aufgabe, den Versuch der polnischen Behörden zu analysieren, in der Hochzeit des Stalinismus (1948–1956) die Landwirtschaft dem sowjetischen Organisationsmuster anzupassen. Er tut dies auf der Basis bisher nicht erschlossenen äußerst reichhaltigen Quellenmaterials aus Archiven von Parteigremien sowie staatlichen und sonstigen Behörden von der zentralstaatlichen bis zur lokalen Ebene, Memoirenliteratur vor allem von Landbewohnern sowie einer umfangreichen polnischen wie internationalen Sekundärliteratur.

Neben Einleitung und Schluß baut J. seine Arbeit in sechs Kapiteln auf, die die wichtigsten Problemfelder abhandeln und diese aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchten: von seiten der kommunistischen Partei- und Staatsorgane sowie ausführlich auch aus der Perspektive der Betroffenen, der Bauern. Es macht die Besonderheit der Arbeit aus, daß der Vf. einerseits die verschiedenen Methoden und Praktiken zeigt, mit denen die Bauern zum Beitritt in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften veranlaßt werden sollten, daß er andererseits aber auch belegen kann, daß ein solcher Beitritt für einen Landwirt sehr wohl die Wahl des „geringeren Übels“ sein konnte, dem sogleich eine Reihe von Verteidigungsstrategien folgte. Zugleich wird deutlich, vor welche Schwierigkeiten die Reaktionen der Bauern die politisch Verantwortlichen stellten. Mit einer Fülle von Statistiken, tabellarischen Übersichten usw. werden zum Teil für jedes Jahr des Untersuchungszeitraums bis ins kleinste Detail Zwangsabgaben der Bauern, steuerliche Belastungen, unterschiedliche Ernteerträge etc. nachgewiesen, wobei teilweise auch Aufschlüsselungen nach Wojewodschaften vorgenommen werden, die regionale Differenzierungen auch bei der Strategie sichtbar werden lassen, die Bauern zum Beitritt in die Genossenschaften zu bewegen.

Gleichzeitig werden grundlegende soziale Umgestaltungen auf dem Lande herausgearbeitet. Dabei wird u. a. deutlich, daß die große Alphabetisierungskampagne Ende

der 1940er Jahre vor allem damit motiviert war, für den bevorstehenden Sechs-Jahr-Plan besser qualifizierte Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben und durch entsprechende Unterrichtslektüre der – insbesondere kirchlich beeinflussten – „Reaktion“ den Boden zu entziehen. Auch der Kirchenkampf auf dem Land wird nachgezeichnet, darunter der Kampf gegen die Religion in den Schulen und die heftigen Reaktionen breiter bäuerlicher Kreise gegen Einschränkungen der Rechte der Kirche. Dem interessanten Kapitel über die neuen politischen Eliten auf dem Dorf ist zu entnehmen, daß diese häufig nur ein geringes Ansehen unter der Landbevölkerung besaßen, deren Einstellung weitgehend ignorierten und daher als „bauernfeindliche“ Vertreter der Landbevölkerung galten. In einem abschließenden Kapitel werden die teilweise brutalen Versuche der Kollektivierung der polnischen Landwirtschaft im Stalinismus mit der gleichzeitigen Entwicklung in anderen mittel- und südosteuropäischen Staaten verglichen – ebenfalls untermauert mit zahlreichen Statistiken. Dabei wurden diese Versuche am frühesten in Jugoslawien aufgegeben, danach in Polen und Ungarn, wobei in allen diesen Fällen eine Erhöhung der Produktion die Folge war.

J.s Arbeit besticht durch die Fülle der erstmals ausgewerteten Quellen und die umfangreiche verarbeitete Sekundärliteratur. Es gelingt ihm auf diese Weise, einen zentralen, bisher nur unzureichend zugänglichen Bereich der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Polens in den Jahren des Stalinismus sehr detailliert aufzuarbeiten. Was etwas zu kurz kommt, sind – vom Autor teilweise selbst eingeräumt – stärker theoretische Fragestellungen, etwa zum Problem der Modernisierung des polnischen Dorfes während der Stalinzeit. Dies kann jedoch den Wert dieser bemerkenswerten Arbeit kaum mindern.

Warschau/Warszawa

Klaus Ziemer

Christoph Reinprecht: Nostalgie und Amnesie. Bewertungen von Vergangenheit in der tschechischen Republik und in Ungarn. (Österreichische Texte zur Gesellschaftskritik, Bd. 61.) Verlag für Gesellschaftskritik. Wien 1996. 232 S.

Christoph Reinprecht stellt seinem Werk über das Spannungsverhältnis von Erinnern und Vergessen das Eingeständnis voran, die Soziologie habe „die Erosion der osteuropäischen Regimes“ nicht erkannt (S. 9). Der Vf. relativiert aber dieses Versäumnis sogleich, indem er auf die enorme Herausforderung durch den gesellschaftlichen Transformationsprozeß hinweist, der nach neuen Erklärungsmodellen verlange. Exemplarisch führt er hierfür den Begriff „Rückkehr der Geschichte“ an. Zur Zeit des kommunistischen Systems sei Geschichte aus der gesellschaftlichen in die private Sphäre abgedrängt worden. Nach 1989 kehre die Geschichte bei der Suche nach neuen Orientierungsmustern wieder in den öffentlichen Bereich zurück. Die Schaffung einer neuen Identität erfolge immer auf der Basis der eigenen Vergangenheit. Voraussetzung dafür könne aber nur eine kritische Auseinandersetzung sein, die über die kommunistische Zeit hinausreicht.

R. hat sich zum Ziel gesetzt, die Chancen für eine Aufarbeitung zu untersuchen, wobei im Mittelpunkt die Rolle des Erinnerns als Wechselspiel von individueller und kollektiver Wahrnehmung der Vergangenheit steht. Die Basis hierfür bildet eine empirische Untersuchung, die der Vf. im Winter 1992/93 in Prag und Budapest durchführte. Dabei erhebt er den Anspruch der Allgemeingültigkeit seiner Ergebnisse für alle postkommunistischen Länder, weil die Rolle des Erinnerns überall gleich wichtig sei und die Vergangenheit als ein Element in das neu entstehende Bewußtsein einfließe. Hierzu muß allerdings kritisch angemerkt werden, daß das Erinnern je nach Region oder Zeit unterschiedliche Qualitäten aufweist, die es zu berücksichtigen gilt.